

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## I. Quartal 2016

### Wirtschaftschronik. I. Quartal 2016

Angesichts der niedrigen Inflation führt die Bank of Japan Negativzinssätze ein, die Europäische Zentralbank erhöht die Negativzinssätze. Die wirtschaftspolitischen Institutionen hinterfragen die Grenzen der Geldpolitik. Die USA und die EU beenden die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran. Nach der Einführung von restriktiven Grenzkontrollen in den Westbalkanländern ist die dort verlaufende Flüchtlingsroute unterbrochen. Durch das Abkommen zwischen der Türkei und Griechenland über den Umgang mit Flüchtlingen soll der weitere Zustrom von Flüchtlingen auf die griechischen Inseln eingedämmt werden. Dafür macht die EU der Türkei weitere finanzielle und politische Zugeständnisse. – Österreich setzt für 2016 eine Obergrenze von 37.500 Asylanträgen. Das Rückkaufangebot für die Schuldtitel der HETA wird von den Gläubigern abgelehnt.

### Calendar of Economic Events. First Quarter 2016

In response to the low inflation rate, the Bank of Japan introduced negative interest rates and the European Central Bank increased its negative interest rates. Economic policy institutions questioned the limits of monetary policy. The USA and EU ended their economic sanctions imposed on Iran. Introduction of restrictive border controls in the Western Balkans blocked the migrant routes through these countries. The deal between Turkey and EU for processing migrants is intended to stem the inflow of migrants to the Greek islands. To this end, the EU agreed on further financial and political concessions. – Austria limited the intake to 37,500 asylum applications for 2016. The offer to buy back the HETA debts was rejected by the creditors.

### Kontakt:

**Mag. Angelina Keil:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. März 2016.

**Begutachtung:** Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

## 1. Ausland

**1. Jänner:** Die Niederlande übernehmen den Vorsitz im Ministerrat der EU.

Nach starken Kurseinbrüchen wird an den chinesischen Börsen von Shanghai und Shenzhen der Handel ausgesetzt.

**4. Jänner:** Aufgrund des Flüchtlingsstromes werden zwischen Dänemark und Schweden Grenzkontrollen eingeführt. Zwischen weiteren Mitgliedsländern des Schengener Abkommens (Deutschland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Österreich) finden derzeit bereits Grenzkontrollen statt.

**7. Jänner:** Zum zweiten Mal seit Jahresbeginn wird der Aktienhandel in China ausgesetzt.

**11. Jänner:** Die Europäische Kommission erklärt eine Steuerregelung für unzulässig, wonach multinationale Konzerne in Belgien Steuerrabatte erhielten. Belgien soll Rückforderungen von bis zu 700 Mio. € einheben.

**15. Jänner:** In Venezuela wird der ökonomische Notstand ausgerufen. Die Regierung ist damit befugt, außerordentliche Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur und in die Lebensmittelproduktion zu tätigen. Öffentliche und private Unternehmen können zu einer höheren Produktion angehalten oder beschlagnahmt werden. Das BIP ist von Jänner bis September 2015 um über 7% geschrumpft, die Inflation wird auf 200% geschätzt, und die Staatseinnahmen sanken aufgrund des Erdölpreisverfalls im Vorjahresvergleich um 62%.

EU: Vorsitz

Flüchtlingskrise: Europa

China: Aktienhandel

EU: Konzernbesteuerung

Venezuela: Notstand

Iran: Sanktionen	<b>16. Jänner:</b> Die internationale Atomenergiebehörde bestätigt die Umsetzung des Atomabkommens des Iran mit der Staatengemeinschaft. EU und USA beenden daher die wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran.
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank	In Peking wird die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) eröffnet. Die multilaterale Finanzinstitution, von deren 57 Gründungsmitgliedern 37 in Asien und Ozeanien ansässig sind, ist mit einem Stammkapital von 100 Mrd. \$ ausgestattet, davon 20 Mrd. \$ als Einzahlungen und 80 Mrd. \$ als Garantiekapital. Die größten Kapitalgeber sind China, Indien, Russland und Deutschland. Der jährliche Investitionsbedarf für Asien wird auf 800 Mrd. \$ geschätzt.
China: Geldpolitik	<b>18. Jänner:</b> Die People's Bank of China versorgt das Bankensystem zusätzlich mit 7,7 Mrd. €, um der Konjunkturabkühlung in China entgegenzuwirken.
IWF: Prognose	<b>19. Jänner:</b> Der Internationale Währungsfonds (IWF) setzt die Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft 2016 von 3,6% (Oktober) auf 3,4% herab.
World Economic Forum	<b>20. Jänner:</b> In Davos findet das Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) mit dem Thema "Die vierte Industrielle Revolution" statt. Neben den Chancen wird auch auf das Risiko einer zunehmenden Entkoppelung der Entwicklung von Produktivität und Löhnen sowie auf die Rolle der Bedürfnisse der Unter- und Mittelschicht hingewiesen.
Griechenland: Rating	<b>22. Jänner:</b> Die Bonität Griechenlands wird von der Rating-Agentur Standard & Poor's von CCC+ auf B- erhöht. Nach Einschätzung der Agentur hält sich Griechenland weitgehend an die Auflagen zur Erlangung weiterer Finanzmittel aus dem dritten Hilfsprogramm.
Großbritannien: Google	<b>23. Jänner:</b> Google zahlt in Großbritannien 172 Mio. € an Steuern nach. Bei einem Umsatz von 17 Mrd. £ zahlte das Unternehmen zwischen 2005 und 2013 52 Mio. £ an Gewinnsteuern.
Japan: Zinssatzsenkung	<b>29. Jänner:</b> Die Bank of Japan führt einen negativen Einlagezinssatz von -0,1% ein. Die jährliche Geldmengenausweitung bleibt mit 80 Bio. Yen (617 Mrd. €) unverändert.
Brüssel: Stahlmarkt	<b>15. Februar:</b> In Brüssel demonstrieren Mitglieder des Europäischen Stahlverbandes gegen die Überkapazitäten auf dem Weltmarkt, die Verunsicherung von Investoren durch die Klima- und Umweltpolitik und den Verfall der Stahlpreise durch Billigimporte der EU-Länder aus China, Russland und anderen Regionen.
Russland, Saudi-Arabien: Erdölförderung	<b>16. Februar:</b> Anlässlich eines Treffens in Doha beschließen der russische Energieminister und der Erdölminister von Saudi-Arabien, die Erdölproduktion auf dem Niveau von Jänner 2016 einzufrieren.
EU: Großbritannien	<b>18.-19. Februar:</b> Der Europäische Rat bereitet eine Vereinbarung über neue Regelungen für Großbritannien vor und reagiert damit auf das Schreiben des britischen Premierministers Cameron vom 10. November 2015 <sup>1)</sup> . Sollte das Referendum am 23. Juni 2016 eine Mehrheit für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ergeben, dann werden Zugeständnisse in den Bereichen wirtschaftspolitische Steuerung, Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität, Sozialleistungen und Freizügigkeit wirksam.
G 20: Treffen	<b>26.-27. Februar:</b> Anlässlich eines Treffens in Shanghai halten die Finanzminister und Notenbankdirektoren der G-20-Länder fest, dass die Zentralbanken der USA, Japans und Europas mit ihren Maßnahmen zur Ankurbelung von Investitionen und Konsum an ihre Grenzen stoßen. Die Flüchtlingskrise und der mögliche Austritt Großbritanniens aus der EU werden als Gefahr für die Weltwirtschaft eingestuft. Die BIZ zeigt das Problem der hohen Staatsverschuldung und des weltweit niedrigen Produktivitätswachstums auf. Keine Einigung gelingt bezüglich der Initiative "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) gegen Steueroasen. Der chinesische Notenbankgouverneur kündigt eine flexiblere Wechselkurspolitik an. Die chinesische Währung werde sich künftig mehr an einem Warenkorb der wichtigsten Handelspartner als allein am Dol-

<sup>1)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2015", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(1), S. 32, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58647>.

lar orientieren. 60% der Kapitalabflüsse der letzten Monate seien auf einen Abbau von Verbindlichkeiten der Unternehmen in ausländischen Währungen zurückzuführen.

**3. März:** Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk appelliert im Anschluss an ein Treffen mit dem griechischen Regierungschef Tsipras an die Wirtschaftsflüchtlinge, nicht nach Europa zu kommen, Schleppern nicht zu vertrauen und nicht ihr Leben oder Geld zu riskieren.

Flüchtlingskrise: EU-Appell

**7. März:** Anlässlich des EU-Sondergipfels zur Migrationssituation halten die Staats- und Regierungsoberhäupter einvernehmlich fest, die meistgenutzten Flüchtlingsrouten, insbesondere die Westbalkanroute zu schließen, das Schlepperwesen zu bekämpfen und die EU-Außengrenzen zu schützen, der Migrationskrise in Europa ein Ende zu bereiten und zur vollständigen Anwendung des Schengener Grenzkodex zurückzukehren. Die Türkei bekräftigt ihre Zusage, das Abkommen zur Rückübernahme von Flüchtlingen aus Griechenland umzusetzen, und verpflichtet sich, die Seeroute nach Griechenland zu kontrollieren und Schlepperaktivitäten zu unterbinden.

Flüchtlingskrise: Sondergipfel

Die Rückführung von Flüchtlingen ohne Asylanspruch von den griechischen Inseln in die Türkei wird auf Kosten der EU umgesetzt. Für jeden zurückgenommenen syrischen Flüchtling wird von den EU-Ländern ein anderer syrischer Flüchtling aus der Türkei aufgenommen. Im Gegenzug wird die EU das Verfahren zur Liberalisierung bis hin zur Aufhebung der Visapflicht für türkische Staatsangehörige bis spätestens Ende Juni 2016 beschleunigen und möglichst bald über die Eröffnung weiterer Kapitel der Beitrittsverhandlungen entscheiden. Die Bereitstellung der im ersten Paket zugesagten Mittel von 3 Mrd. € an die Türkei soll bis Ende März 2016 sichergestellt werden. Griechenland muss bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und bei der Sicherung der EU-Außengrenze geholfen werden.

Flüchtlingskrise: EU, Türkei

**7. März:** Die Euro-Gruppe sieht ein Risiko in einer möglichen Verfehlung des mittelfristigen Budgetzieles durch Italien, Belgien, Frankreich, Slowenien, Spanien, Litauen und Österreich. Gemäß der jüngsten Winterprognose wird Österreichs strukturelles Defizit 2016 nicht wie zur Einhaltung des Budgetpfades vorgesehen auf 0,3% verbleiben, sondern auf 1% steigen.

EU: mittelfristiges Budgetziel

Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang präsentiert einen Bericht über die Arbeit der Regierung, in dem das Wirtschaftswachstum für 2016 auf 6,5% bis 7% geschätzt wird, nach +6,9% im Jahr 2015. Das Wachstumsziel für den 13. Fünfjahresplan 2016/2020 liegt bei durchschnittlich 6,5% pro Jahr (Fünfjahresplan 2011/2015 +7,8%). Die Besteuerung von Unternehmen der Bauwirtschaft, der Finanz-, Immobilien- und Konsumentendienstleistungen wird durch eine Mehrwertsteuer ersetzt. Um den Verlust von 1,8 Mio. Arbeitsplätzen infolge des Abbaus von Überkapazitäten in der Kohle- und Stahlproduktion sozial abzufedern, wird ein Fonds von 100 Mrd. Renminbi eingerichtet. 2016 werden noch weitere Stahlwerke den Betrieb aufnehmen, bei voller Auslastung könnte China 1,2 Mrd. t Stahl pro Jahr produzieren. Die Staatsverschuldung wird nach -2,4% des BIP im Vorjahr auf 3% 2016 steigen. Allein die öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Technologie erhöhen sich um 9% auf über 38 Mrd. €.

China: Fünfjahresplan

**9. März:** Moody's löst seine russische Tochtergesellschaft auf und zieht die vergebene Bonitätsnote für Russland zurück. Ab 2017 unterliegen in Russland niedergelassene Rating-Agenturen strengen Auflagen und dürfen Schuldner Bonitätsnoten nicht entziehen.

Russland: Rating-Agenturen

**10. März:** Die Europäische Zentralbank senkt neuerlich die Leitzinssätze, nachdem die jährliche Inflationsrate im Euro-Raum im Februar mit -0,2% negativ war. Mit Wirkung vom 16. März wird der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 5 Basispunkte auf 0,00%, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 5 Basispunkte auf 0,25% und für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf -0,40% gesenkt. Das monatliche Volumen des Programmes zum Ankauf von Vermögenswerten wird von derzeit 60 Mrd. € auf 80 Mrd. € ausgeweitet, Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) werden in das Kaufprogramm aufgenommen. Ab Juni 2016 wird mit einer neuen Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsge-

EZB: Leitzinssatzsenkung

schäften (GLRG II) begonnen, die jeweils eine Laufzeit von vier Jahren haben. Als Untergrenze für diese Mittelaufnahme gilt der Zinssatz für die Einlagefazilität. Die Wachstumsprognosen für den Euro-Raum lauten für 2017 +1,4% und 2018 +1,8%, die Prognosen für die Inflation mit 0,1% 2016, 1,3% 2017 und 1,6% 2018.

EU: Agrarmarkt

**14. März:** Die Europäische Kommission kündigt wegen schwerer Ungleichgewichte auf den Märkten (die Milchproduktion lag 2015 um 2,5% über dem bereits hohen Niveau von 2014, zugleich untersagte Russland die Einfuhr von Agrarerzeugnissen) ein Paket mit Sondermaßnahmen zur Unterstützung der europäischen Landwirtschaft an, durch das alle im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verfügbaren Instrumente genutzt werden und gleichzeitig der Europäische Binnenmarkt geschützt wird. Temporär wird damit Erzeugerorganisationen, Branchenverbänden und Genossenschaften im Milchsektor die Möglichkeit eingeräumt, freiwillige Erzeugungs- und Liefervereinbarungen zu schließen. Befristet werden staatliche Beihilfen von bis zu 15.000 € je landwirtschaftlichen Betrieb pro Jahr zuzulassen. Die Interventionskäufe von Magermilchpulver und Butter werden verdoppelt. Die Einführung der privaten Lagerhaltung von Schweinefleisch wird in Erwägung gezogen.

Japan: Zinssätze

**15. März:** Als Reaktion auf die schlechte Ertragslage der Banken nimmt die japanische Notenbank die Einführung eines negativen Einlagezinssatzes vom 29. Jänner teilweise zurück: Geldreservefonds, die über Treuhandbanken Geld bei der Notenbank deponiert haben werden von der Negativverzinsung ausgenommen.

Großbritannien: Zuckerzusätze

In seiner Rede zum Staatshaushalt kündigt der britische Schatzkanzler Osborne die Besteuerung von Zuckerzusätzen in Getränken ab 2018 an.

EU: Jahreswachstumsbericht

**17.-18. März:** Der Europäische Rat billigt die politischen Prioritäten des Jahreswachstumsberichtes mit den Themen Wiederankurbelung der Investitionen, Fortsetzung der Strukturreformen zur Modernisierung der Volkswirtschaften und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Diese sollen in den nationalen Reformprogrammen und in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen berücksichtigt werden. Die Kommission wird aufgefordert, Maßnahmen als Reaktion auf die weltweiten Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt zu prüfen. Angesichts des Verfalls der Preise von Milch und Schweinefleisch sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen des Rates für Landwirtschaft zügig ergriffen werden. Die Staats- und Regierungsoberhäupter vereinbaren mit dem türkischen Ministerpräsidenten, dass alle auf griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge nach einem raschen Asylverfahren in die Türkei als sicherem Drittland zurückgeschickt und dort übernommen werden. Für jeden zurückgenommenen syrischen Flüchtling wird von den EU-Ländern ein anderer syrischer Flüchtling aus der Türkei aufgenommen. Es wird vereinbart, in den Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei ein weiteres Kapitel zu eröffnen und die Visa-Liberalisierung zu beschleunigen. Zur Versorgung der syrischen Flüchtlinge erhält die Türkei ab 2018 zusätzlich 3 Mrd. €. Die Flüchtlingsvereinbarung wird ab 4. April 2016 umgesetzt.

BIZ: Eigenkapitalquote

**24. März:** Die BIZ stellt neue Regeln zur Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalquote von Banken vor. Der Einsatz von Modellen der Banken zur Berechnung wird eingeschränkt, da diese höhere Eigenkapitalerfordernisse ausweisen als die Anwendung von Marktpreisen.

## 2. Österreich

Flüchtlingskrise: Asylgipfel

**20. Jänner:** Die Bundesregierung und die Landeshauptleute einigen sich anlässlich eines "Asylgipfels" für 2016 auf eine Obergrenze von 37.500 Asylanträgen. Einschließlich Familiennachzug wird die Zahl der Asylwerber bis Mitte 2019 auf 127.500 begrenzt. Für die Jahre 2017, 2018 und 2019 werden Grenzen von 35.000, 30.000 und 25.000 gesetzt.

HETA: Rückkaufangebot

**21. Jänner:** Für die aushaftenden Schuldtitel der HETA Asset Resolution AG im Umfang von 11 Mrd. € (davon 0,9 Mrd. € nachrangige Schuldtitel) liegt ein Rückkaufangebot des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds mit einer Quote von 75% für "Senior-Schuldtitel" und 30% für Gläubiger mit nachrangigen Titeln vor.

**18. Februar:** In einem Schreiben an Innenministerin Mikl-Leitner macht der Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft Avramopoulos darauf aufmerksam, dass die Einführung einer Obergrenze für angenommene Asylansuchen inkompatibel mit den Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention ist. Ein Vertragsverletzungsverfahren könnte drohen.

*Flüchtlingskrise: EU-Vertragsverletzung*

**19. Februar:** Eine tägliche Obergrenze für die Annahme von 80 Asylanträgen tritt in Kraft. Österreich lässt 3.200 Flüchtlinge pro Tag in andere aufnahmebereite Länder weiterreisen.

*Flüchtlingskrise: Obergrenze*

**29. Februar:** Anlässlich des "Pensionsgipfels" einigen sich die Regierungsparteien auf eine Verkleinerung der Pensionskommission, die bei Abweichung der geplanten Kosten und Leistungen des Pensionssystems der Regierung Vorschläge vorlegt, auf die die Regierung reagieren muss. Nach Langzeitkrankenständen wird zur Wiedereingliederung in den Beruf eine Verringerung der Arbeitszeit auf 50% bis 75% ermöglicht. Bei einem Pensionsantritt nach dem Antrittsalter der Regelpension müssen nur 50% der Pensionsversicherungsbeiträge gezahlt werden, der volle Zuverdienst soll nicht mehr möglich sein. Die Ausgleichszulage für Alleinstehende wird auf 1.000 € erhöht, sie müssen dazu über mindestens 360 eigene Beitragsmonate verfügen. Eine Erweiterung des freiwilligen Pensionsplitting (Teilgutschrift vom Pensionskonto des erwerbstätigen Elternteils auf das Pensionskonto des Elternteils, der sich der Kindererziehung widmet) und eine verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten werden vereinbart.

*Pensionsgipfel*

**1. März:** Finanzminister Schelling bietet den Gläubigern der HETA Asset Resolution AG bei Annahme des Angebotes einer Ablöse von 75% des Nominalwertes vorrangiger Anleihen einen unmittelbaren Tausch in eine Nullkuponanleihe an, die nach einer Laufzeit von 18 Jahren zu einer Nominal von 100% ausbezahlt wird.

*HETA: Erweiterung Rückkaufsangebot*

**14. März:** Die Gläubiger der HETA Asset Resolution AG lehnen das Rückkaufsangebot durch den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds ab.

*HETA: Rückkaufsangebot*

**31. März:** Der Bundesrat stimmt für eine ASVG-Novelle, die rückwirkend ab 1. Februar einen Wechsel von Beschäftigten in die gesetzliche Pensionsversicherung ermöglicht, wenn für alle Versicherungsmonate 22,8% des letzten Monatsgehaltes an die Pensionsversicherungsanstalt transferiert werden. Anlass für diese Novelle ist der Plan der Bank Austria, aufgrund von Sparmaßnahmen über 3.000 Beschäftigte von der eigenen Pensionsvorsorge in das ASVG-System überzuführen.

*ASVG-Novelle*

Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission weist für 2015 einen Staatschuldenstand von 290,7 Mrd. € bzw. 86,2% des nominellen Bruttoinlandsproduktes aus. Das Maastricht-Defizit betrug demnach 3,9 Mrd. € bzw. 1,2% des Bruttoinlandsproduktes und lag damit deutlich unter der im Herbst erwarteten Quote von -1,9%. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Staatsausgaben um 0,7% bzw. 1,2 Mrd. €, die Staatseinnahmen um 3,8% bzw. 6,2 Mrd. €.

*Budgetäre Notifikation*